

AKTUELL

TERRITORIALREFORM

2017 im Visier

Richard Graf

2011 werden die BürgerInnen Luxemburgs ein letztes Mal in ihren angestammten Gemeinden zur Wahl schreiten - so jedenfalls wünschen es sich die vier großen Parteien.

Ein Ziel hat die von der Abgeordnetenversammlung im Dezember 2004 geschaffene Spezialkommission zur „réforme territoriale“ nicht einhalten können: Der damals von CSV-Fraktionschef Michel Wolter eingebrachte Resolutionsentwurf sah vor, die Abschlussdebatte schon im Sommer 2006 zu führen. Zwar werden am kommenden Donnerstag, wenn die Chamber-Frakturen den ebenfalls von Michel Wolter verfassten Bericht der Sonderkommission diskutieren wollen, voraussichtlich sommerliche Temperaturen herrschen, doch werden dann zwei Jahre mehr ins Land gezogen sein, als ursprünglich geplant.

Dennoch dürfte der ehemalige Innenminister mit dem Resultat zufrieden sein: Nach dreieinhalb Jahren und 45 Sitzungen stimmten am Ende außer der ADR alle Fraktionen dem Bericht zu. Ende letzten Jahres, als zur Beschleunigung des Verfahrens sämtliche Parteien per Fragebogen zu einer Stellungnahme herausgefordert wurden, sah es eher so aus, als könnte sich die parlamentarische Mehrheit nicht auf ein gemeinsames Prozedere einigen. Vor allem die LSAP ruderte zurück, als es hieß, die Rolle der Bürgermeister könnte unter Umständen als unvereinbar erklärt werden mit dem Mandat eines Abgeordneten (siehe woxx 937).

Dass ausgerechnet die LSAP als Reformmuffel auftrat, erklärt sich vor allem durch die schlechten Erfahrungen, die die Sozialisten in den Siebzigerjahren machen mussten, als Innenminister Jos Wohlfahrt mit seiner Gemeindeform gescheitert war - und die Arbeiterpartei in die Opposition gedrängt wurde. Aber auch der strukturelle Zustand der LSAP, die über eine stattliche Zahl an „députés-maires“ verfügt, ist mit Schuld an deren konservativer Grundhaltung in Sachen Territorialreform.

Die strittige Frage der Ämterhäufung zeigt, auf welche Weise Wolter es fertig gebracht hat, einen konsensfähigen Bericht zu erstellen: Es werden einfach die Argumente für, sowie die Bedenken gegen eine Trennung der Mandate gleichzeitig aufgelistet. Demnach bleibt die Frage offen, in der Hoffnung, dass andere, von allen

Beteiligten befürwortete Reformen später zu einer Annäherung führen. Alex Bodry zeigte sich mit dem von Michel Wolter vorgegebenen Verfahren zufrieden: Nun sei Licht am Ende des Tunnels erkennbar und „die Vernunft und der gesunde Menschenverstand“ hätten sich durchgesetzt.

Bis es zu einem konsensfähigen Vorschlag kommt, schlägt die Kommission vor, die Freistellung der BürgermeisterInnen und SchöffenInnen auszubauen. Ab etwa 10.000 Einwohnern sollte ein Gemeindechef von allen beruflichen Verpflichtungen befreit werden, durch einen so genannten „congé politique“, bei dem die Gemeinden für den Lohnausfall aufkommen. Aber gerade die Feststellung, dass Bürgermeister voll und ganz durch ihre Arbeit in der Gemeinde gefordert sind, widerspricht dem Gedanken, dass sie so ganz nebenbei auch noch den Job eines Abgeordneten leisten können - auch wenn neue technische Kommunikationsmittel vieles leichter machen.

Doch jenseits der - in der Politik nun einmal nicht unwichtigen - Personalfrage scheinen sich die Dinge dann doch etwas rascher zu entwickeln: Die von Minister Halsdorf und dem Verband der Gemeinden Syvicol als Mindestzahl angesehene Größe von 3.000 EinwohnerInnen, ab der eine Gemeinde die notwendigen Basisdienste autonom gewährleisten kann, hat ihren Niederschlag im Bericht gefunden - auch wenn es Ausnahmen für besonders großflächige Gemeinden geben kann. Demnach sind sich alle Parteien einig, dass es zu Gemeindefusionen kommen wird. Die sollen zwar „freiwillig“ erfolgen und jeweils durch Bürgerreferenden abgesegnet werden. Doch dürfte am Ende die Zahl der Kommunen von derzeit 116 auf etwa 60 reduziert werden. Ob dieser Prozess bis zu den Gemeindevahlen 2017 - bis dahin soll die Territorialreform abgeschlossen sein und die BürgerInnen in den neuen, effizienteren Kommunen an die Urnen gehen - abgeschlossen sein wird, hängt auch von der Vorarbeit des Innenministers und seines eventuellen Nachfolgers ab. Bis 2010 - also vor den nächsten Gemeindevahlen - soll nämlich eine Karte der neuen kommunalen Landschaft erstellt werden und in der Folge auch die Reform der Gemeindefinanzen in Angriff genommen werden. Der Zeitrahmen wird zusehends enger.

SHORT NEWS

„Vel'oh“ wird optimiert

Zwei Hemmnisse, die den täglichen Gebrauch der Decaux-Mietfahrräder mitunter zum Albtraum werden ließen, sollen abgestellt, respektive abgeschwächt werden. Die Betreiber-Firma erklärt, sie habe die technischen Probleme behoben, die beim Einloggen in den Zentralrechner zum Abbruch führten und somit die Entnahme der Mieträder unmöglich machten. Außerdem sollen an einigen zentralen Rad-Stationen zusätzliche Radständer angebracht werden, um das leidige Problem übervoller Stationen zumindest teilweise zu beheben. Wer trotzdem eine volle Station ansteuert und deshalb sein Fahrrad nicht mehr abstellen kann, erhält eine Gutschrift von 15 Minuten und darf sein Glück woanders versuchen. Damit sich diese Prozedur nicht ins Unendliche verlängert, werden an 30 Decaux-Werbeflächen elektronische Hinweistafeln eingerichtet, die über die Verfügbarkeit von Rädern und Stellplätzen in den nächstgelegenen Rad-Stationen informieren. Die Luxemburger Stadtverwaltung zieht derweil eine positive Bilanz des „Vel'oh“-Systems: Im Schnitt werden täglich 406 Räder benutzt - bis zum 20. Juni waren es insgesamt 36.153 Mietvorgänge. Die Zahl der JahresabonnentInnen liege mit 2030 drei Monate nach dem Start etwa zehn Prozent höher als in vergleichbaren Städten nach einer ähnlich langen Zeitspanne.

Antidiscrimination : le Luxembourg éternel retardataire

En 2006, le Luxembourg a transposé, avec beaucoup de retard, deux directives sur la lutte contre les discriminations ethniques et autres. Depuis, que s'est-il passé? Pas grand-chose, si l'on en croit le premier rapport annuel de l'Agence des droits fondamentaux de l'Union européenne sur l'application de la législation dans les pays membres. Le Luxembourg appartient aux pays où ni sanctions ni dommages-intérêts n'ont été prononcés en matière de discrimination raciale ou ethnique. Et pour cause : le grand-duché, ensemble avec la République tchèque et l'Espagne, était retardataire en ce qui concerne la création d'une agence anti-discrimination qui pourrait recueillir des plaintes. Entre-temps, le Centre pour l'égalité prévu dans la loi semble avoir recruté tous ses membres. Pourra-t-on donc espérer qu'en 2008, il ne figurera plus parmi les pays qui ne disposent pas ou peu de statistiques officielles? Seul chiffre indiqué : 14 plaintes pour discrimination raciale ont été déposées en 2006 auprès de la police. Dans les pays qui disposent de chiffres plus exhaustifs, une tendance globale à la hausse de crimes à caractère raciste a été enregistrée de 2000 à 2006. Dans le domaine plus spécifique des discriminations dans le domaine scolaire, le Luxembourg figure encore parmi les pays qui ne collectent pas de données. Mais l'étude Pisa montre qu'il appartient aux pays qui « ne donnent pas de chances égales aux élèves issus de milieux socio-économiques défavorisés ».

Pire qu'aux States

La commission européenne vient d'inaugurer son registre de lobbyistes. Gentille comme elle est, elle prie celles et ceux qui travaillent pour des lobbies de bien vouloir s'inscrire sur ce registre. Si ces derniers préfèrent ne pas y figurer, aucune conséquence, sanction ou blâme ne les frappera. C'est un peu comme si la police vous demanderait de contrôler votre taux d'alcoolémie vous-même, et si vous n'avez pas envie, ils vous souhaitent bonne route tout de même. C'est aussi une grande défaite pour le parlement européen qui voulait soumettre à un contrôle plus strict le travail de l'ombre que mènent les lobbies (voir woxx 953). « Par rapport au système de contrôle des lobbies aux Etats-Unis (...), le registre de l'UE n'est qu'un tigre édenté », peut-on lire dans un communiqué de l'eurodéputé vert Claude Turmes. Il y a fait part aussi de l'intention des Verts européens de mettre tout en oeuvre pour que le règlement de ce registre devienne plus restrictif, mais ce ne sera que pour la prochaine législature. Jusque-là, Total et consorts pourront toujours nous faire croire que le changement climatique est une lubie. Merci la commission !